

12/2022

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag Nordwestmecklenburg



Mach mit !

Am Schilde 7A, 23966 Wismar

+49 179 321 77 82

www.gruene-fraktion-nwm.de

info@gruene-fraktion-nwm.de

[f](https://www.facebook.com/gruene.nwm) [i](https://www.instagram.com/gruene.nwm) [@gruene_nwm](https://www.twitter.com/gruene_nwm)

Liebe Leser*innen!



In den letzten zwei Jahren ist viel passiert.

Unser Fraktionsvorsitzender Mathias Engling veränderte sich beruflich, folgte dem Ruf in die große weite Welt und Andreas Haubold ist an seine Stelle in den Kreistag nachgerückt. Unser Fraktionsmitglied Anne Shepley wurde als Spitzenkandidatin in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gewählt und stand somit für den Fraktionsvorsitz nicht mehr zur Verfügung. Seit Mai 2022 bin ich zur Fraktionsvorsitzenden gewählt und freue mich, dass Miro Zahra meine Stellvertretung ist. Damit haben wir als einzige Fraktion im Kreistag eine weibliche Doppelspitze.

Die SarsCov2-Pandemie und der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine haben auch in Nordwestmecklenburg viel verändert.

Kreistagssitzungen werden gestreamt und können auch auf YouTube zeitversetzt angeschaut werden – Interessierte Bürger*innen müssen sich also nicht mehr den Nachmittag und Abend freihalten, um zu erfahren welche Beschlüsse gefasst wurden und wie die Diskussionen verlaufen sind.

Der Kreistag hat ein **Integrationskonzept** verabschiedet, das diesen Namen auch verdient und das mit einer Arbeitsgruppe aus Kreistagsmitgliedern erarbeitet wurde.

Der Landkreis bekommt einen **Klimakoordinator*in**, der die Bürger*innen, Gemeinden und Kommunen bei ihren Energieeinsparvorhaben berät, unterstützt und Fördermöglichkeiten findet.

Wismar und die umliegenden Gemeinden verbessern den **ÖPNV** und wir werden immer wieder darauf drängen, dass dies nur

ein erster Schritt sein kann und der ÖPNV überall im Kreis attraktiver werden muss.

Beim **Stadtradeln** belegten wir mit 12 aktiv Radelnden und 1610 km Platz 13 im Kreis – da ist noch viel Luft nach oben und wir laden alle ein, sich im nächsten Jahr aktiv zu beteiligen und vielleicht auch unserem Team beizutreten.

Im Juni 2022 bezogen wir unsere Räume in der gemeinsamen **neuen Geschäftsstelle** zusammen mit dem Kreisverband und unserer Landtagsabgeordneten Anne Shepley.

In den nächsten Monaten werden wir sehr kritisch die Bestrebungen zu einer möglichen **Deponie im Kiestagebau Tarzow** begleiten, uns mit der Verbesserung des ÖPNV befassen und die Planungen für das neue **Berufsschulzentrum Nord** mit auf den Weg bringen.

C. Tamm

Deponie Tarzow



Foto: André Grieseler

Am Tarzower Moor entsteht ein Naturparadies. Erst wenige Jahre vergingen seit Stilllegung des Kiessandtagebaus. Immer mehr Erholungssuchende aus den Gemeinden Lübow, Ventschow und Jesendorf erfreuen sich an der Ruhe und dem Ausblick auf naturnahe Waldränder und Wiesen. Die Reaktivierung des historischen Wegenetzes ist geplant. Eine Vielzahl geschützter Vogelarten brütet auf dem Gelände, nur 200 Meter entfernt sogar ein Seeadlerpaar.

Aber davon lässt sich die Otto Dörner Kies und Umwelt GmbH wenig beeindrucken.

Trotz des Widerstands der Bevölkerung und der kritischen Stellungnahmen verschiedener Behörden hält Dörner unverändert fest an seiner Planung einer sogenannten DK-0-Deponie, d.h. einer Deponie für „gering belastete Abfälle“.

Es wäre die zweitgrößte derartige Deponie in Mecklenburg-Vorpommern. Über 45 Jahre hinweg sollen hier 2 Mio. Tonnen Bauschutt und Boden abgelagert werden.

Auf einer Gesamtfläche von 20 Fußballfeldern würde ein 27 Meter hoher Schuttberg entstehen. Dabei betreibt Dörner bereits in Conrade, nur 30 Kilometer entfernt, die größte DK-0-Deponie des Landes.

Tarzow soll 50.000 Tonnen der aktuell jährlich 120.000 Tonnen auf der Deponie Conrade abgelagerten Abfälle übernehmen. Angeblich sollen durch den Betrieb von Tarzow die Transportwege verkürzt werden.

Aber wie lässt es sich rechtfertigen, dass mit Tarzow nun schon die vierte DK-0-Deponie in Westmecklenburg entstehen soll, während keine einzige in den anderen drei Planungsregionen des Landes betrieben wird?

Fällt dort kein Abfall an, weil das Material besser verwertet wird? Oder über welche Transportentfernungen entsorgen diese Regionen ihre Abfälle?

Deponiebedarf landesweit prüfen! lautete deshalb der Titel eines Antrags, den Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die letzte Kreistagssitzung einbrachte.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Entwicklung des ländlichen Raumes, Umwelt und Landwirtschaft überwiesen, der am 10.11.2022 in Jesendorf, einer der betroffenen Gemeinden, tagte.

Der großen Zahl interessierter Bürger*innen und insbesondere den Bürgermeister*innen konnte in einer kontroversen Diskussion mit dem Vorhabenträger und den Ausschussmitgliedern Gehör verschafft werden.

Am Ende stimmte der Ausschuss einstimmig der Empfehlung eines Teils unseres Antrages an den Kreistag zu.

In einem interfraktionellen Beschlussvorschlag soll nun u.a. die Feststellung erfolgen, dass der Bedarf für die Deponie kritisch geprüft werden muss und die Eignung des Standorts aufgrund der hohen Schutzwürdigkeit des Naturraumes und der Bedeutung für die Erholung der Anwohner*innen in Frage steht.

Klimaschutz im Kreis

Verschleppen, Verzögern, Verhindern

2019 sollte der Kreistag, wie viele Städte, Gemeinden und Landkreise zuvor, die Klimakrise und die Notwendigkeit des Handelns auf allen Ebenen anerkennen. Diese simple Feststellung wurde insbesondere von CDU und Linken bereits als Zumutung bewertet.

Klimaschutz sei selbstverständlich und eine Selbstverpflichtung des Kreises nicht erforderlich. Und überhaupt: Es müsse um konkrete Maßnahmen gehen. Also wurde der Antrag in den zuständigen Ausschuss überwiesen, um eine Abstimmung im Kreistag zu vermeiden.

Dieses Verfahren wiederholte sich bei Anträgen zum Aufbau eines regionalen Netz-

werkmanagements und für die Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes. Verweisung in den Fachausschuss, Hinweise auf fehlende Stellen und Mittel führten regelmäßig zum Versanden jeglicher Initiativen.

Dabei hat die Grüne Fraktion ständig auf eine üppige Förderkassette für die Finanzierung von Stellen und Projekten verwiesen, die von der Verwaltung konsequent nicht genutzt wurde. Stattdessen hat der CDU-Landrat 60 neue Planstellen geschaffen, die mit Klimaschutz nichts zu tun haben, dafür aber ein neues, millionenschweres Verwaltungsgebäude benötigen.

In der letzten Kreistagssitzung gab es dann eine positive Überraschung. Der Landrat bestand geradezu darauf, dass unsere Fraktion

einen Antrag für die Schaffung einer Stelle zur Klimaschutzkoordination einbringen sollte, damit die Verwaltung entsprechende Fördermittel beantragen konnte.

Mit der Klimakoordinationsstelle sollte dann die Arbeit der Ämter und Gemeinden bei der Initiierung und Durchführung von Klimaschutzprojekten gezielt unterstützt werden.

Der Hintergrund für den Sinneswandel: Der Landkreistag hatte offenbar die landesweite Einrichtung dieser Stellen beschlossen und Herr Schomann ein erzwungenes Einsehen.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass die Energiewende in unserem Kreis stattfindet und Klimaschutz nicht zur Worthülse verkommt.

Berufsschulzentrum Nord

Chance auf neue und innovative Architektur im Sinne der nachhaltigen Zukunft

Seit letztem Jahr wird der Neubau des Berufsschulzentrums Nord (BZN) in Wismar in der Lübschen Straße als Ersatzbau für den Standort Zierow vorangetrieben und zum Teil heftig diskutiert. Das BZN ist das mit Abstand größte Bauvorhaben in Wismar und im Landkreis NWM der nächsten Jahre und sollte beispielgebend als Modell für kosteneffektives und nachhaltigeres Bauen stehen.

Somit verdient der Prozess der Planung und der Umsetzung unser besonderes Interesse und kontinuierliche kritische Begleitung.

Das beinhaltet auch die Chance, den Neubau innovativ und beispielgebend für andere Bauvorhaben zu planen und auszuführen, denn Schulen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch öffentliche Orte der Kommunikation und Kultur.

Aus diesem Grund sollten die Öffentlichkeit und Anwohner*innen der Hansestadt Wismar die Möglichkeit erhalten, den neuen Gebäudekomplex vielfältig mit zu nutzen.

Hierfür werden wir uns in den entsprechenden Gremien (Ausschuss für Bau und Liegenschaften und Ausschuss für Bildung und Kultur) einsetzen. Im Vorfeld des Bauvorhabens wird diesem ein Architekturwettbewerb vorgeschaltet. Auf Grundlage eines Antrages von uns ist die Verwaltung des Landkreises Nordwestmecklenburg verpflichtet, die Aufgabenstellungen für Architekturwettbewerbe mit dem Bauausschuss abzustimmen.

Daraufhin wurden mehrere Anträge von Gerald Erdmann unter Mitwirkung von Miro Zahra und Lysann Schmidt formuliert, im Bauausschuss eingereicht und inhaltlich

vorgelegt. Im August wurde über diese beraten und es wurden weitreichende Entscheidungen getroffen. Ergebnis ist, dass zwei unserer Anträge, die der Umsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit gewidmet sind, mehrheitlich positiv beschieden wurden.

Der **erste Antrag zu Nachhaltigkeitskriterien entsprechend SNAP (Systematik für Nachhaltigkeitsanforderungen in Planungswettbewerben)** beinhaltet, dass die Aufgabenstellungen für zukünftige Wettbewerbe nach der SNAP zu formulieren, zu bewerten und vom Preisgericht zu beurteilen sind.

Der **zweite Antrag Prinzip Schwammstadt** fordert, dass in der Aufgabenstellung für die Wettbewerbsunterlagen die Regenwasserbewirtschaftung nach den Prinzipien der Schwammstadt mit aufzunehmen sind.

Genauer geagt: Regenwasser muss auf dem Grundstück oder auf dem Gebäude zurückgehalten werden, verdunsten oder versickern. Die Versiegelung ist auf ein Minimum zu beschränken. Regenrückhaltebecken sind in der Landschaftsplanung als zugänglicher Erlebnisbereich zu gestalten. Die Lösung der Regenwasserbewirtschaftung ist als ein Kriterium in der Bewertungsmatrix aufzunehmen.

Ein **Ergänzungsantrag** wurde in der Sitzung am 3. November 2022 vorgestellt und beraten.

Die derzeitige Bauindustrie mit den herkömmlichen Baustoffen gehört zu den Hauptverursachern der globalen Treibhausgasemissionen.

Aus diesem Grund wurde die Aufgabenstellung des Architekturwettbewerbs für

das BZN, dahingehend ergänzt, dass die maßgeblichen Teile des BZN vorrangig in Holzmodul-, Holzrahmen-, Holz-Hybrid-Bauweise oder ähnlichen Holzbauweisen zu erstellen sind. Damit erreichen wir die Reduktion von CO₂-Emissionen in der Bauphase, die Verkürzung der Bauzeit, bei besserer Maßhaltigkeit und günstigeren Raumklimaeigenschaften.

Die Mehrheit der Bauausschussmitglieder konnte dem Antrag nur mit unverbindlichen Formulierungen zustimmen.

Im BZN erlernen junge Leute ihre Berufe und können so ihre Schule selbst als gutes Beispiel für nachhaltiges Bauen begreifen und Erfahrungen in ihre zukünftige Arbeitswelt mitnehmen.

Für Wismar mit dem Holzcluster im Haffeld, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, zukünftige Gebäude nachhaltig mit und aus Holz zu errichten.

Das sichert und schafft auch weitere Arbeitsplätze im Landkreis NWM und schützt das Klima.

Mit diesen Forderungen sind wir einen großen Schritt weiter, die Rolle der Vorbildwirkung der Öffentlichen Hand im Bereich des zukunftssicheren und nachhaltigen Bauens wahrzunehmen.

Wir werden weiterhin die Baumaßnahme kritisch und konstruktiv in beiden Ausschüssen begleiten und uns mit konkreten Vorschlägen einbringen.

Antragsinitiativen zum BZN kamen nur von den Bündnisgrünen

Integrationskonzept

In unserem Landkreis lebt eine vielfältige Bevölkerung mit Menschen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern aus Europa, Asien, Afrika, Amerika oder Australien.

Sie kommen aus den unterschiedlichsten Gründen zu uns. Um vor Krieg und Verfolgung zu fliehen, für die Liebe, weil sie hier eine Arbeit aufgenommen haben oder um sich zu bilden.

Der Anteil von Menschen, die Wurzeln im Ausland haben, ist stetig gestiegen und macht unsere Gesellschaft vielfältiger und bunter. Um in der Gesellschaft anzukommen und aufgenommen zu werden, bedarf es viele Anstrengungen – von beiden Seiten, sowohl von den Ankommenden und der Aufnehmenden.

Dabei ist Integration als ein dynamischer Prozess zu verstehen, der nur unter Mitwirkung zahlreicher Akteur*innen mit Fach- und Erfahrungswissen aus den unterschiedlichsten Organisationen und letztendlich mit allen Einwohner*innen mit und ohne Migrationshintergrund im Kreisgebiet erfolgreich gestaltet werden kann.

Unter dem Eindruck des großen Zustroms von Geflüchteten 2015 und 2016 hatte der

Kreistag 2016 die Verwaltung beauftragt, ein Integrationskonzept zu erstellen und dem Kreistag zum Beschluss vorzulegen.

Dann passierte erst einmal lange nichts.

Im Februar 2018 wurde dann erstmals ein Entwurf dem Sozialausschuss vorgelegt, welcher aber nicht die Zustimmung des Ausschusses fand. Kritisiert wurde u.a. das die Hansestadt Wismar, welche die Hauptlast im Bereich Flucht und Migration trägt, nicht beteiligt worden ist.

Auch atmete der vorgelegte Entwurf eher den Geist einer Beschreibung, wie das Ankommen eines Geflüchteten im Landkreis abzulaufen hat. Ziele und Maßnahmen, die zu einem Konzept gehören, fehlten fast vollständig.

Im September 2020 wurde der Entwurf erneut in den Ausschüssen diskutiert und letztlich erneut abgelehnt. Daraufhin hat unsere Fraktion, wie andere auch, konkrete Forderungen und Hinweise für das Integrationskonzept an die Verwaltung gegeben.

2021 wurde der Druck von der Politik auf die Verwaltung nochmals erhöht. Diese hat dann ein völlig neues Konzept erstellt, welches in zwei Arbeitsgruppen bestehend aus Verwaltung, Politik und Akteur*innen der In-

tegrationsarbeit diskutiert und das Konzept an die geäußerten Wünsche, Anregungen und Hinweise angepasst hat.

Für unsere Fraktion hat sich Fraktionsmitglied René Fuhrwerk an der Entwicklung des Konzeptes beteiligt, der auch für den Flüchtlingsrat M-V e.V. tätig ist. Besonderer Dank gilt dem Fachdienstleiter Soziales Herrn Albrecht und dem 2. Stellvertretenden Landrat Herrn Funk, die im letzten Jahr sehr engagiert die Entwicklung voran und zum Abschluss gebracht haben.

Im Mai 2022 wurde das Konzept mit großer Mehrheit der demokratischen Fraktionen im Kreistag beschlossen.

Das beschlossene Konzept ist nicht perfekt, aber ein sehr guter Anfang. Eine regelmäßige Evaluation wird helfen, das Konzept weiter zu entwickeln und hoffentlich auch zu verbessern. Für die Umsetzung ist die bzw. der Integrationsbeauftragte verantwortlich.

Diese Stelle ist seit circa einem Jahr unbesetzt. Der Landrat hatte entschieden, dass solche Stellen bei einem externen Träger angesiedelt werden sollen.

Wir als Fraktion finden diese Entscheidung nicht gut und hätten diese Stelle weiter bei der Kreisverwaltung angesiedelt gesehen.

Das 49-Euro-Ticket kommt – aber kommt auch der Bus?

Am 20. Oktober 2022 wurde durch den Kreistag NWM die Auftragserweiterung der Verkehrsleistungen nach § 5 ÖDA im Stadt- und Stadtumlandraum Wismar mit großer Mehrheit beschlossen.

Generell stimmten wir der Umsetzung des Projektes zu, das so lange hat auf sich warten lassen, denn es sollte keine Zeit mehr versäumt werden, den ÖPNV in unserem Landkreis weiter voranzubringen.

Die Entwicklung werden wir im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus weiter begleiten und sehen hier auch bei dem aktuellen Vorhaben einige weitere kritische Punkte.

Leider wurde und wird weiterhin der urbane Raum gegenüber dem ländlichen Raum bevorzugt behandelt. Die Hansestadt Wismar profitiert von dem Vorhaben, das nicht nur durch die Hansestadt und die umliegenden Gemeinden finanziert wird, sondern auch zum erheblichen Teil durch den Landkreis Nordwestmecklenburg, ohne dass der erweiterte ländliche Raum mit einbezogen wurde.

Somit kann dieses Projekt nur als erster Schritt in die richtige Richtung gesehen werden.

Die Grünen in Nordwestmecklenburg fordern einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis – insbesondere im ländlichen Raum.

Ziel für 2023 sollte sein, mit dem Schwung des bundesweiten Nahverkehrstickets eine Verdoppelung der jährlichen Fahrgastzahlen gegenüber 2022 zu erreichen, denn ein funktionierender ÖPNV ist Teil der Daseinsvorsorge, erhöht die Lebensqualität und ist eine entscheidende Komponente für den Ressourcenschutz.

Damit vermehrt Menschen auf den ÖPNV umsteigen, muss das Angebot ein breites Spektrum der Mobilitätsbedarfe aller Einwohner*innen abdecken.

Nur dann können Busse und Bahnen ihre entscheidende Rolle zum Erreichen der auf Bundesebene verankerten CO2-Reduktionsziele im Verkehrswesen ausfüllen. Zusätzlich kann der Nahverkehr als kostengünstige

Alternative zum eigenen Auto einen wichtigen Beitrag leisten, um die Auswirkungen steigender Energiepreise durch den Angriffskrieg auf die Ukraine für die Bürger*innen abzufedern.

Wo kein Bus fährt, fährt keiner Bus:

Der ÖPNV muss verlässlich sein für Hin- und Rückfahrt. Taktlinien sollten mindestens stündlich bedient werden.

Ein funktionierendes Verkehrsnetz macht nicht an den Landkreisgrenzen halt.

Die Verbindungen über die Landkreisgrenzen zu den umliegenden Landkreisen und Schleswig-Holstein hinweg müssen weiter optimiert werden. Dies gilt umso mehr, da Tarifgrenzen mit dem 49-Euro-Ticket an Bedeutung verlieren.

Daseinsvorsorge endet nicht am frühen Abend. Taktlinien und Rufbusse müssen nach 22 Uhr noch fahren, auch auf dem Land.

Es muss möglich sein, mit dem ÖPNV abends das Nachbardorf zu besuchen, zum Restaurant oder Vereinstreffen zu fahren – und danach noch sicher nach Hause zu kommen.

Kino, Club, Theater, Konzert oder Ausstellung: Das kulturelle Angebot der urbanen Zentren muss auch abends mit Bus und Bahn für Bürger*innen aus ländlichen Gebieten erreichbar sein.

Spätverbindungen fördern die angestrebte Angleichung der Lebensverhältnisse und das gesellschaftliche Miteinander zwischen Stadt und Land.

An Wochenenden könnten nächtliche „Club- oder Diskobusse“ belebte Feier-Locations im Landkreis anfahren, die Attraktivität der Region insbesondere für jüngere Generationen erhöhen und zugleich die Verkehrssicherheit verbessern.

Wir sind uns dessen bewusst, dass nicht jede Siedlung in unserem großflächigen Landkreis per Taktlinie angefahren werden kann. Aber umso wichtiger ist es, dass das Rufbussystem ausgeweitet wird und auch in den Abendstunden und am Wochenende zur Verfügung steht. Wir setzen darauf, dass die anvisierten Landesmittel schnellstmöglich für die Rufbus-Verbesserung eingesetzt werden können.

Ein verbessertes ÖPNV-Angebot in Kombination mit dem 49-Euro-Ticket eröffnet die Chance auf mehr Fahrgäste und mehr Einnahmen.

Grüne Spenden

Vor Ort helfen, wo Hilfe gebraucht wird ... Es ist für uns als Fraktion eine Herzensangelegenheit, einen Teil unserer monatlichen Aufwandsentschädigungen für den guten Zweck zu spenden. In unseren Fraktions-sitzungen und direkt vor Ort lernen wir gemeinnützige Vereine, Initiativen und Projekte kennen und helfen dann mit Spenden genau dort, wo unsere Hilfe wirklich gebraucht wird.

Dabei lernen wir viele Bürger*innen Nordwestmecklenburgs kennen und sind immer wieder inspiriert vom großen Engagement, mit dem sie sich für unseren Landkreis in den verschiedensten Bereichen ehrenamtlich einsetzen.

Um flexibler auf den Markt reagieren zu können, muss die Handlungsfähigkeit von Nahbus im Bereich Marketing verbessert werden. Bislang müssen selbst kleine Maßnahmen vom Kreistag genehmigt werden und das verlangsamt erheblich den ganzen Arbeitsprozess. Insgesamt müssen die Zielvorgaben in Zukunft deutlich transparenter definiert werden. Alle Dienstleisterverträge im ÖPNV, insbesondere der öffentliche Dienstleistungsauftrag (ÖDA) zwischen dem Landkreis und Nahbus, muss künftig klar gestaffelte Vorgaben zu geplanten Fahrgastzahlen und -kilometern enthalten.

Es braucht neue Ideen. Zum Beispiel Kooperationen mit Unternehmen, die im Gegenzug eine Mobilitätsgarantie für ihre Mitarbeiter*innen bekommen.

Klar ist aber auch: Investitionen in den ÖPNV sind Investitionen in das Erreichen der Klimaziele. Der Landkreis braucht dringend eine eigene Strategie zur angestrebten Reduktion von CO₂-Emissionen und damit auch den Reduktionsbeiträgen des Verkehrssektors.

Die Bündnis 90 / Grünen stehen bereit, um gemeinsam mit der Verwaltung und den demokratischen Parteien die ÖPNV-Ziele und die kommende ÖDA-Ausschreibung weiter zu entwickeln – für eine lebenswerte Zukunft.



Seit 2020 unterstützen wir das **Tierheim in Dorf Mecklenburg, die Vereine Licht am Horizont, Palliativ-Care Hospiz, den Tierpark Wismar, den Lottihof und Das Boot.** Außerdem erhielten in 2021 die **Kindertagesstätte Stadtspatzen, die Förderschule Neukloster, das Renaissanceschloss Gadebusch, das Frauenhaus der AWO, die Kulturgärtnerei Tressow, die Selbsthilfe Dialyse, der ASB Wunschbus, das Projekt Insektenhotels der Hochschule sowie Tafel Grevesmühlen** Unterstützung von den Mandatsträgern der Fraktion. 2022 unterstützen wir bisher ein Projekt der **Dorfschule Wismarer Land, die Schutzhüter der Dambecker Seen und die Diakonie Moaischule.**

Spenden an Jugendeinrichtungen im Landkreis und Integrationsprojekte folgen im Dezember diesen Jahres.

Insgesamt spenden unsere Mandatsträger*innen fast 6.000€ im Jahr und wir sind gespannt, welche tollen Projekte wir im kommenden Jahr kennenlernen dürfen.

Wir freuen uns auf Ihre und Deine Mithilfe! Wer entweder selbst in einem gemeinnützigen Verein aktiv ist oder jemanden kennt, der jemanden kennt: **Wir laden Sie und Euch herzlich ein, uns euren guten Zweck vorzustellen.** Schickt uns eine E-Mail an info@fraktion-gruene-nwm.de und wir organisieren dann alles Weitere.

Impressum

Herausgeber: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag Nordwestmecklenburg
Redaktion: Claudia Tamm, Miro Zahra, René Fuhrwerk, Petra Kesper, Gerald Erdmann,
Martin Kühl und Alexander Schröder / V.i.S.d.P.: Anna Pfau, Geschäftsführung